

Wirtschaftsverbände fordern weitere Lockerungen

Coronakrise: Die Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsrat wollen konkrete Perspektiven für die Gastronomie und den Tourismus im Land.



Diesen Artikel vorlesen lassen:

00:00 / 03:48

BotTalk

Kreis Segeberg. Kanzlerin Angela Merkel sprach von „Öffnungssorgien“ – und geißelte damit vorschnelle und unqualifizierte Forderungen zur Lockerungen der Auflagen während der Coronapandemie. Und nicht die legitimen Fragen zu den Details der Regelungen und der aufkeimenden Kritik daran.

Die Wirtschaftsverbände in Schleswig-Holstein und ihre Mitglieder stehen unter enormem wirtschaftlichen Druck. Verständlich sind ihre Bedenken. Die Mittelstandsvereinigung im Kreis Segeberg (MIT) etwa fordert am Donnerstag weitere Lockerungen. Die beschlossene Öffnung von Geschäften und Betrieben wird begrüßt. „Wir brauchen jetzt aber eine weitere zügige und deutlich differenziertere Vorgehensweise, die allen Wirtschaftszweigen eine zeitnahe Perspektive und eine Planungsgrundlage bietet“, sagt Jan Kopfmann, Vorsitzender der MIT Segeberg. Wichtig seien jetzt auch kurzfristige Öffnungsmöglichkeiten für die Tourismuswirtschaft, für die Hotels und Gastronomie sowie Kultur- und Messeveranstaltungen. Unter allen hygienischen Auflagen könne auch in diesen Branchen recht schnell wieder gearbeitet werden, sagt Kopfmann.

Zudem wünsche er sich eine wirklich breite wissenschaftliche Aufarbeitung der Krise und der aktuellen Maßnahmen. „Es ist dem Bürger ja nur schwer verständlich, dass ein angesehener Hamburger Rechtsmediziner von einer vergleichsweise harmlosen Viruserkrankung spricht, während andere Wissenschaftler einen weiteren Shut-down fordern“, sagt Kopfmann.

Was die Öffnung der Wirtschaft angehe, äußert sich der Landesvorsitzende des Wirtschaftsrates Schleswig-Holstein, Christian von Boetticher, ähnlich. Er fordert eine „vernünftige Handhabung“ der Wiedereröffnung des Einzelhandels und wendet sich gegen den Beschluss der Landesregierung, nur Geschäfte mit einer Verkaufsfläche von bis zu 800 Quadratmetern wiederzueröffnen. „Allein entscheidend sind die Infektionsrisiken. Denn je größer eine Verkaufsfläche ist, desto mehr Platz kann auch Abstands- und Hygieneregeln eingeräumt werden“, sagt von Boetticher. Die großen Ankermieter in den Zentren seien auch für das Geschäft der kleineren Läden entscheidend. Schleswig-Holstein müsse sich besser mit Hamburg abstimmen. „In ganz Südholstein sei es den Einwohnern völlig unverständlich, warum Schleswig-Holsteiner zur Erholung und zum Einkaufen auch mit dem Auto in das Ballungszentrum Hamburg dürfen, die Hamburger andersherum aber die Grenzen zunächst gar nicht und später zumindest nicht mit dem Auto überqueren durften. „Künstlich wiedereingeführte kleinstaatliche Grenzen in Deutschland halten keinen Virus auf, gemeinsame effiziente Lösungen aber schon“, sagt von Boetticher.

Ob ein Geschäft öffnen dürfe, müsse einzig an der Garantie adäquater Hygienemaßnahmen durch die Einzelhändler festgemacht werden. Dies könne zum Beispiel die Begrenzung der Besucherzahlen auf einen Kunden pro 25 Quadratmeter Verkaufsfläche, die Regulierung von Warteschlangen, Schutzvorrichtungen an den Kassen, Schutzausrüstung für das Verkaufspersonal und Hygienevorschriften für Kunden sein.

Im touristischen Bereich sollte von pauschalen Verboten abgerückt werden. So sei es schwer nachvollziehbar, warum der Bezug von Ferienhäusern, Appartements und Zweitwohnsitzen untersagt bleiben sollen, sagt von Boetticher. Ebenso seien Freiluftaktivitäten wie Segeln, Golfspielen und Waldspaziergänge anders zu bewerten als Kaffeefahrten im Reisebus.

Christian von Boetticher: „Die anrollende Insolvenzwellen von Betrieben in Schleswig-Holstein wird einen erheblichen politischen und auch wirtschaftlichen Rückschlag auslösen. Es geht jetzt um die nackte Existenz unserer mittelständischen, familiengeführten Unternehmensstruktur in Deutschland.“

(abm)